

## Haushalt 2011

*Es gilt das gesprochene Wort!*

*Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen*

---

Bis noch vor wenigen Jahren gingen einer städtischen Haushaltsverabschiedung intensive Beratungen voraus. Sowohl in den Einzelressorts als auch insgesamt. Schwerpunkte der Entwicklung u.ä. wurden vereinbart, auf Bürgerwünsche konnte schon mal eingegangen werden nach intensiven Beratungen – das ist alles Vergangenheit.

Heute geht es mehr darum, Pflichtaufgaben zu definieren, ob traditionell Bewährtes so noch aufrechterhalten bleiben soll und kann, Kosten zu senken und weitere mögliche Einnahmen so bürgerfreundlich wie möglich zu gestalten – **bevor wir von den über uns gestellten Behörden zu mehr gezwungen werden. Wir haben einen Fehlbedarf von mehr als 30 Millionen € von einem Gesamtvolumen von knapp 200 Millionen €.**

Kurz: Über ratseigene Gestaltungsfreiheit braucht schon lange nicht mehr gesprochen zu werden.

Sicher hätten wir im Nachhinein sparsamer leben müssen –

aber wer wusste schon

- im Jubel über die Auflösung der DDR, woher das Geld für den Aufbau Ost kommt? Wie viel zahlen wir heute noch? → 1,5 Millionen noch, bisher insgesamt rund 60 Millionen E.
- Dass der Banken Crash über das Land hereinbrechen würde – und wer dafür bezahlt?
- Für fast jede tolle soziale Gesetzgebung ließ sich das Land oder der Bund feiern – und wen dafür bezahlen?
- Das ist nur eine sehr kleine Auswahl.

Dabei gilt die altbekannte Regel: **Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.**

Als kreisangehörige Kommune in einem des von Sozialhilfe am härtesten betroffenen Kreis trifft es uns in Dorsten besonders.

Wir hatten hier in Dorsten schon in wirtschaftlich stärkeren Zeiten den kreisweit geringsten Personalschlüssel. Laut GPA Bericht markieren wir auch weiterhin die unter Marke, haben wir doch in Dorsten in den vergangenen 20 Jahren über 20% des Personals abgebaut.

Das ist ein Kurs, der kreisweit sehr geteiltes Echo findet, nicht zuletzt bei der Kreisbehörde an sich.

So läuteten sie selbst bereits sehr kurz nach dem Personalabbau das Ende desselben ein. Es würde sich nicht lohnen, da das hohe Defizit mit Personalabbau nicht auszugleichen sei. Der Kreis ist die unterste Behörde desjenigen Reigens, der alle Ausgaben schlicht umlegen kann, aber weniger Aufgaben wahrzunehmen hat als die Kommune. Nicht nur weil wir die mit Abstand größte Kommune im größten Kreis sind haben wir bzw. unsere BürgerInnen des Öfteren nicht so viel von den Leistungen, die der Kreis am Kreishaus gerne selbst anbieten möchte.

Warum da nicht mehr Einsicht und Solidarität zu bewirken ist bleibt mir ein Rätsel. Oder aber die Verantwortlichen und auch Kreistagsmitglieder haben keinen Bezug zur Basis. Aus dem Kreis versteht man nicht die Dorstener, wurde mir in der vergangenen Woche aus berufenem Munde erzählt. Dieser wohnt in einer Kommune in unmittelbarer Nachbarschaft von RE, deren Größe etwa 1/5 unserer Fläche beträgt; so groß ist denn auch Gladbeck, Marl etwa 1/2 so groß wie Dorsten.

Alle 3 zusammen sind kleiner als Dorsten. Dort ist auch eine bürgerfreundlichere Infrastruktur über die Kreisumlage leichter zu realisieren (wie z. B. ÖPNV).

Da ist es logisch, dass - wenn überhaupt - die Wahrnehmung in diesen Kommunen eine andere ist.

Wir sollten die Idee, evtl. ohne Kreis auszukommen, nicht aufgeben.

Sehr produktiv – sparsamer aber auch effizienter - sind die Kooperationen mit Fachämtern verschiedener Kreisstädte. Wir haben die Hoffnung, dass sich das weiter ausbauen lässt.

Nicht mit „zentralem“ Sitz in RE, sondern verteilt auf Kreisflächengebiet.

Der Personalabbau führt zwangsläufig zu reduziertem Output, bei engagiertem Personal zu erheblichen gesundheitlichen Einbußen. Das trifft ausdrücklich auch die Verwaltungsebenen, die zuarbeiten. Es muss allen vernünftigen Menschen klar sein, dass dieser Sparkurs nicht auf lange Sicht durchgehalten werden kann.

Positive Marken, wie das Label „Fahrradfreundliche Stadt“ oder andere nachhaltigen Aushängeschilder können nicht weiterbetrieben werden. Das kann auch negative Auswirkungen nach sich ziehen wenn es um Bindung junger Familien in unserer Stadt geht.

Wir alle sind immer wieder und in unterschiedlichen Zusammenhängen vom demografischen Wandel betroffen; da liegt es nahe, mit intelligentem Vorausblick ihn auch positiv zu gestalten, die Entwicklungen nicht alle auf sich zukommen zu lassen um dann nur noch reagieren zu können.

Im Bereich der älteren Bevölkerung hat die Stadt Dorsten mit den Befragungen und Veranstaltungen in den Stadtteilen schon vor Jahren einen sehr guten Ansatz gefahren, das ein oder andere Projekt wird jetzt in anderen Städten übernommen – wie der präventive Hausbesuch.

Auch kümmern sich etliche professionelle Institutionen, da in diesem Segment mit erheblichen finanziellen Gewinnen gerechnet werden kann.

### **Widmen wir uns den Kindern und ihren Chancen.**

In 5 Jahren werden möglicherweise 45% der Anzahl Schüler eingeschult werden als vor 10 Jahren, heute schon nur noch 50%.

Logisch, dass das Veränderungen nach sich zieht. Aber auch Chancen:

Bei entsprechender Begleitung des Landes - mit natürlich auch entspr. Zustimmung im Landtag – können wir kleinere Klassen bilden in unseren Schulen, haben also auch einen besseren Schüler / Lehrerschlüssel. Das passt ganz gut zu den notwendigen Zielen der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention.

Danach ist theoretisch jedem Kinde entsprechend seinem Recht auf inklusivem Unterricht ein Angebot anzubieten, das ihm auch gerecht wird.

Wir sind froh, dass die intensiven und langwierigen Bemühungen um eine breite Unterstützung zur Umsetzung dieses Zieles letztlich doch erfolgreich waren. Nahezu der gesamte Rat der Stadt Dorsten steht hinter diesen Zielen! Wir können sicher auch davon ausgehen, dass auch alle hier beteiligten Fraktionen sich bei ihren Vertretungen auf Landes – und Bundesebene für entsprechende Unterstützung einsetzen werden. Oder?

*(Wenn alles so abgelaufen wäre wie angedacht und zugesagt hätten wir in der heutigen Tagesordnung bereits den gemeinsamen Antrag zur Umsetzung der Ziele der Inklusion in Dorsten.)*

Der Antrag betrifft die Umsetzung der Ziele in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

In der praktischen Umsetzung wird das Ziel allerdings zunächst besonders im Schulentwicklungsplan berücksichtigt. Da sowohl für diese Umsetzung als auch zur ohnehin notwendigen neuen Schulentwicklungsplanung viele Dinge in der Verwaltung zusätzlich zu erarbeiten und zu koordinieren sind, brauchen wir natürlich auch mehr Personal. Auch mit einer weiteren Stelle ist das Schulverwaltungsamt noch sehr knapp besetzt!

Ein weiteres großes Vorhaben in der Stadt ist jetzt endlich unterschriftsreif – Die Neu – Gestaltung der Zechenfläche.

Viele Ideen sind dabei verfolgt worden viele wieder verworfen, andere im Ansatz erhalten geblieben.

Der Investor bindet sich in ungewöhnlichem Ausmaß, das verdient Respekt. Auch die Planung im Kontext der nachbarschaftlichen Aufgaben zu verknüpfen begrüßen wir. Das war auch nur möglich durch den intensiven Einsatz **auch** verschiedener kompetenter Verwaltungsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Das ökologische Konzept ist sicher auch in der letztlich noch vorhandenen Version zukunftsfähiger als manch andere Großplanung. Die Förderung kreativer Kräfte wird zudem helfen, diesen Ort einzigartig werden zu lassen.

Keiner kann zuverlässig in die Zukunft schauen und versichern, ob und wie das Konzept aufgeht, wie die Bevölkerung das Angebot aufnimmt, ob der Harsewinkel z.B. mit neuen Impulsen versehen zukunftsfähiger ist und ob die anderen Nebenzentren dann nicht „eingehen“.

Aber auf das Konzept einer Spielhalle zu setzen verschlechtert erheblich den ethischen Querschnitt.

Wir haben zu viel Angebot auch in unserer Stadt davon; alle können wissen, wie schnell das Spielen dort Süchte generiert, die in der Regel elende Punkte in die Biografien der Spieler bringen und in der Folge weitere kriminelle Energien nach sich ziehen. ( s. auch Presseberichterstattung der letzten Tage)

In diesem Jahre werden wir verantwortlich mit der Chance umgehen, über unsere Strom- und deren Durchleitungen durch das Stadtgebiet neu zu entscheiden. Vielleicht auch über den Vertrieb von Energie. Ob da Stadtwerke herauskommen, neue Partnerschaften – es ist noch ziemlich offen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass bereits Verantwortliche Absprachen mit Energiekonzernen getroffen haben.

Wir werden - soviel kann ich sagen - uns nicht frühzeitig festlegen. Stadtwerke haben auch einen großen Charme aber nicht zu jedem Preis, und auch nicht nur, um als klamme Kommune Kosten umlegen zu können. Wir werden uns für die nachhaltigste, ökologischste machbare Variante entscheiden.

Wir sind auch dafür, dass das Beratungsangebot der Verbraucherberatung für die Dorstener BürgerInnen in unserer Stadt erhalten bleibt.

Wir entscheiden heute auch über die Prioritätenliste und HSK Maßnahmen. Einige Dinge hätten da gar nicht drauf gedurft, aber wir entschieden gemeinsam, jeden einzelnen Punkt zu prüfen. Das bedeutet auch, sich über die „Freiwilligkeit“ und Verantwortung in Gänze bewusst zu informieren und auszutauschen.

Ich hoffe, dass sich alle Ratsmitglieder auch mit allen Punkten auseinander gesetzt haben.

Der Rat ist ein Spiegel der Bevölkerung, demokratisch legitimiert. Sowie in der Bevölkerung gibt es hier auch ein breiteres Spektrum. Nur müssen wir uns anders mit den Sachthemen auseinandersetzen als es vom Bürger zu erwarten ist, der *vielleicht* die Zeitung liest.

Wir könnten den Rat verkleinern – wir wissen aber auch, dass das keine Garantieerklärung für Kompetenz und Kosteneinsparung bedeutet. Ein Blick in unsere Nachbarkommunen zeigte es : Sie geben alle auch bei reduzierter Größe mehr aus als Dorsten. Seit Beginn dieser Periode haben wir keine besonderen Einzelzahlungen mehr, der Geschäftsbedarf der Fraktionen unter 10 Mitglieder ist nicht mehr zu unterbieten. Bei Engagement entspricht die Aufwandsentschädigung einer mäßigen Anerkennung des Aufwandes, nimmt aber nicht den Status des Ehrenamtes.

Wir sollten im Interesse der Stadt Dorsten sachlich diskutieren aber gerade in schwereren Zeiten im Wesentlichen gemeinsam die Interessen vertreten , sei es gegenüber Kreis, Land oder anderen Institutionen.

Die Menschen in unserer Stadt haben es verdient.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Ein Nachtrag noch aus aktuellem Anlass:

Wenn jetzt wieder von der Landtags CDU eine Klage gegen den Haushalt der Landesregierung eingereicht wird, müssen wir uns auch fragen, was da noch kommt. Warum kann man auf Landesebene nicht konstruktiv gemeinsam an den Problemen arbeiten?

Schaulaufen für wen?

Wünscht sich die Opposition Neuwahlen?

Wir wünschen uns keine Neuwahlen, weil sie erhebliche Mittel wieder für Informationen – wie dann die Werbung genannt wird – bindet. Würde das Geld eingesetzt für den Landeshauhalt – oder kommunal vor Ort – die öffentlichen Defizite wären erheblich geringer. Egal, ob Parteimitglieder für ihre Kandidatur zahlen müssen oder nicht.

